Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2026/03213**
Datum: 07.10.2026
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Bernstiel, Christoph
Plandatum:

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Stadtrat	28.10.2026	öffentlich Entscheidung
Jugendhilfeausschuss	26.11.2026	öffentlich Vorberatung
Bildungsausschuss	01.12.2026	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	15.12.2026	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	16.12.2026	öffentlich Entscheidung

Betreff: Prüfauftrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung einer Karte für Bildungs- und Teilhabeleistungen in Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

Wir bitten die Verwaltung um die Prüfung:

1.) Welche rechtlichen und technischen Voraussetzungen müssten für die Einführung eines Systems digitaler Karten- bzw. Kontosysteme für Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) in Halle (Saale) geschaffen werden?

2.) Welche Anbieter bzw. Systeme kämen für Halle grundsätzlich infrage, und bestehen hierzu bereits Kontakte oder Angebote?

3.) Mit welchem finanziellen und personellen Aufwand (Einführungs- und Betriebskosten) sowie mit welchen Vorteilen wäre die Umstellung auf ein Karten-/Kontosystem nach heutigem Kenntnisstand verbunden?

4.) Liegen der Verwaltung Erfahrungswerte oder Vergleichsdaten aus anderen Kommunen vor, die ein solches System bereits eingeführt haben (z. B. hinsichtlich Umsetzungsdauer, Kosten, Nutzerakzeptanz und Auswirkungen auf die Quote der Inanspruchnahmen)?

5.) In welchem Zeitrahmen hält die Verwaltung eine Einführung grundsätzlich für realistisch?

gez. Christoph Bernstiel
Fraktionsvorsitzender
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Begründung:

In zahlreichen Kommunen (unter anderem in Magdeburg und Leipzig) wird die Auszahlung von Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) zunehmend über digitale Karten- bzw. Kontosysteme abgewickelt. Anstelle papierbasierter Gutscheine erhalten anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche dabei ein Guthabenkonto, über das Leistungen wie Schulausflüge, Mittagessen, Lernförderung oder die Teilnahme an Vereins- und Kulturangeboten unbürokratisch abgerechnet werden können. Ziel ist es, den Zugang zu diesen Leistungen zu vereinfachen, den Verwaltungsaufwand für Familien, Schulen und Vereine zu reduzieren.